

# Klimawandel hin zum Populismus

Es fehlt derzeit an Staatsmännern und -frauen, die ihr politisches Handeln an langfristigen Zielen ausrichten, statt Befindlichkeiten bestimmter Gruppen zu bedienen, um wiedergewählt zu werden. **MICHAEL VON LICHTENSTEIN**

Ein zierliches Mädchen namens Greta bewegt seit geraumer Zeit die Gemüter. Nicht nur die von Gleichaltrigen, sondern vor allem auch diejenigen von Politikern weltweit. Doch wie kommt es, dass ein Mädchen – das sich dazu entschlossen hat, freitags nicht mehr zur Schule zu gehen und sich stattdessen vor das schwedische Parlament zu hocken, um für den Klimaschutz und gegen den Klimawandel zu demonstrieren – es fertigbringt, eine solch weitreichende Aufmerksamkeit zu erlangen? Die Antwort liegt nahe und mag manch einem nicht gefallen: Greta ist ein gefundenes Fressen für Profiteure und wahl-fokussierte Tagespolitiker.

Tagespolitiker haben vor allem ein Ziel vor Augen, nämlich möglichst viele Wählergruppen hinter sich zu bringen, um mit ihrer Hilfe die nächsten Wahlen für sich zu entscheiden. Sie sind wahre Künstler darin, die sich wandelnden Befindlichkeiten von relevanten Wählergruppen zu erspüren, sie zu «dem Thema» zu erheben, um dann ein pauschalisiertes Bewusstsein dafür zu erschaffen und in der Folge die ganze Klaviatur an damit einhergehenden Gefühlen zu bespielen. Der Klimawandel eignet sich nun ganz besonders als «Thema», denn jeder zeigt sich davon betroffen und hat ein offenes Ohr dafür, obschon für viele nach wie vor unklar ist, was denn das Klima oder der Klimawandel genau ist.

## Das deutsche Klimaschutzprogramm

Tatsache ist, dass sich das Klima seit jeher wandelt, ganz unabhängig vom menschlichen Einfluss. Klima-Veränderung ist kein Phänomen unserer heutigen Zeit, sondern geht schon seit Jahrtausenden vor sich, auch wenn ihre systematische Erforschung und Dokumentierung erst seit geraumer Zeit betrieben werden. Und auch die Sonne zeigt sich nach wie vor unbeeindruckt von Klimaabkommen wie demjenigen von Paris. Umso störender ist es zu sehen, wie das Klima am menschlichen Tun aufgehängt und personifiziert wird oder wie der Klimawandel in der Tagespolitik für eine undefinierte und wissenschaftlich nicht erhärtete Beurteilung der Weltklimasituation missbraucht wird.

Der deutsche Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat vor kurzem angesichts der von Greta ausgelösten Bewegung überstürzt von 54 Mrd. € gesprochen, die die deutsche Regierung gewillt ist, über die nächsten drei Jahre in den Klimaschutz zu investieren. Besonders interessant daran ist, dass diese 54 Mrd. € das Bundesbudget nicht belasten sollen. Stattdessen soll ein Ener-

gie- und Klimafonds als zentrales Finanzierungsinstrument erhalten, der mit neuen Abgaben gefüttert wird. Die kommenden zehn Jahre sollen als das Jahrzehnt der konsequenten Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende in die Geschichte eingehen. Dazu soll beispielsweise der CO<sub>2</sub>-Ausstoss mit einem Preis versehen werden, und die Einnahmen sollen Klimaschutzfördermassnahmen zugutekommen. Gleichzeitig sollen beispielsweise die Stromkosten für Bürger und Wirtschaft gesenkt werden, die Fernpendlerpauschalen erhöht oder Sanierungsmassnahmen an Gebäuden gefördert werden. Das alles ist löblich, hilft jedoch nicht, den wichtigen, weltweiten Kampf gegen Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung voranzutreiben.

Die derzeitige Klimadebatte lenkt von wichtigen Themen ab. Es wird über CO<sub>2</sub>-Reduktion geredet und darüber spekuliert, was alles «vermutlich» passieren «könnte». Wie aber beispielsweise die Umweltverschmutzung und der Plastikmüll reduziert oder Lebensmittelabfälle nutzbringend verwendet werden können, wird weniger behandelt. In den entwickelten europäischen Ländern landet durchschnittlich ein Drittel aller Lebensmittel in der Mülltonne. Übertriebene Hygienestandards und andere Vorgaben, aber auch der Mangel an Logistik verhindern, dass sie beispielsweise als Tierfutter genutzt werden können. Wahrscheinlich muss auch hier zuerst eine Ella oder Hanna, ein Ben oder Nick das Gesicht bieten, um solche Themen zum «Thema» zu machen. Abstrakte Klimaziele lassen sich einfach besser bespielen als effektive Hands-on-Aktivitäten für den Schutz der Reinheit von Luft und Wasser.

Ländern landet durchschnittlich ein Drittel aller Lebensmittel in der Mülltonne. Übertriebene Hygienestandards und andere Vorgaben, aber auch der Mangel an Logistik verhindern, dass sie beispielsweise als Tierfutter genutzt werden können. Wahrscheinlich muss auch hier zuerst eine Ella oder Hanna, ein Ben oder Nick das Gesicht bieten, um solche Themen zum «Thema» zu machen. Abstrakte Klimaziele lassen sich einfach besser bespielen als effektive Hands-on-Aktivitäten für den Schutz der Reinheit von Luft und Wasser.

## Stets die Wählergunst im Blick

Der Populismus hat sich in etlichen Parteien eingenistet, auch in den etablierten, und ist längst nicht ausschliesslich ein Phänomen Europas. Heute ist das Klima «das Thema», vor ein paar wenigen Jahren war es die Kernenergie. Für Deutschland war die Erzeugung von Nuklearstrom sehr bedeutend im Energiemix, und sie geschah sauber und nachhaltig. Die deutschen Reaktoren erfüllten höchste Standards. Als aber 2011 das Unglück in Fukushima passierte, nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel dies zum Anlass, für Deutschlands Ausstieg aus der Kernenergie zu argumentieren und damit die Gunst von Wählern zu gewinnen, die bislang hinter den Grünen standen. Heute hat Deutschland mit die teuerste Energie weltweit, was den Industriestandort bedroht.

Deutschland muss nun Erdgas aus Russland beziehen, was sich in den Kosten niederschlägt und die deutsche Wirtschaft zudem von Russland abhängig macht. Dies wirkt sich auch störend aus auf die deutsche Aussenpolitik, denn zum einen sollen amerikanische Nato-Truppen in Deutschland stationiert bleiben, um das Land gegen Russland verteidigen zu können, zum anderen provoziert Deutschland mit dem Import von russischem Erdgas die Amerikaner. Ein Teufelskreis, der aus reinem Populismus entstanden ist.

## Das englische Kasperletheater

Eine belastende Tatsache unserer heutigen Zeit ist, dass es der Politik an Staatsmännern und -frauen mangelt, die eine realistische Vorstellung von der Zukunft haben, ihr politisches Handeln an langfristigen Zielen ausrichten und bereit sind, in aller Konsequenz für ihre Ziele und Handlungen einzustehen, statt die Befindlichkeiten von Wählergruppen zu bedienen, um sich für die nächsten Wahlen in Stellung zu bringen. Der britische Politiker William E. Gladstone (1809 bis 1898, vier Mal Premier) drückte es einst treffend aus: «Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die nächste Generation.»

In diesem Zusammenhang ist auch der Brexit zu sehen. Ex-Premier David Cameron wollte im Grunde genommen keinen Brexit. Er übte schlicht und einfach Kritik an Brüssel, die teilweise auch berechtigt war, und Brüssel wollte sich diese nicht vorhalten lassen. Und so kam Cameron auf die Idee mit der Abstimmung über den Brexit und sah darin eine Chance, über ein solches Plebiszit die nächsten Wahlen für sich zu gewinnen, indem er die Gunst der Europaskeptiker für sich einnehmen wollte. Cameron versprach im Jahr 2013, eine Volksabstimmung über den EU-Austritt abzuhalten. Dabei war er sich sicher, dass die Mehrheit der britischen Wähler für den Verbleib in der Europäischen Union stimmen würde. Doch weit gefehlt; im Juni 2016 wurde der Brexit knapp angenommen, und Cameron trat zurück. Das Ganze mündet danach in ein unsägliches Kasperletheater, das aus taktischem Populismus in London und Mangel an Pragmatismus in Brüssel heraus entstanden ist und bis heute andauert.

Um nun abschliessend auf die eingangs erwähnte Greta und ihre Generation zurückzukommen. Es ist gut und richtig, dass junge Menschen wie Greta sich äussern und gehört werden. Weniger gut aber ist es, wenn die junge Generation als Instrument für Partikularinteressen und Demagogie benutzt wird.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation.

## Goldige Zeiten

Vor ziemlich genau einem Jahr hatte ich an dieser Stelle Gold als unverzichtbare Diversifikation empfohlen.

Damals kostete die Feinunze 1200 \$, jetzt sind es 1500 \$. Ein Preisanstieg von 25%. Zum Vergleich: Der Swiss Market Index (SMI) hat in derselben Zeitspanne 10% gewonnen.

Nach langer Durststrecke hat Gold seine Funktion als sicherer Hafen wiedergefunden. Neben der Suche nach Alternativen in einem Umfeld negativer Zinsen und politischer Unsicherheit hat der Umstand, dass Notenbanken kräftig Gold kaufen, um die Abhängigkeit vom Dollar zu reduzieren, für die Avancen gesorgt. In den vergangenen Monaten kam eine weitere Komponente hinzu: Exchange-Traded Funds (ETF) auf Gold liegen extrem im Trend. Der Wert aller Holdings in physischen Gold-ETF hat in wenigen Monaten beachtliche 40% zugenommen (vgl. Seite 17).

Heisst das nun, dass der Goldpreis weiter steigt? Als es 2016 eine ähnliche Entwicklung gab, schwächte sich die Nachfrage recht schnell ab. Der Goldpreis fiel von 1350 auf knapp 1100 \$. Das ist dieses Mal nicht zu erwarten. Die Sorgen um einen Crash am Aktienmarkt steigen. Gekoppelt mit dem Niedrigzinsniveau wird das Anleger davon abhalten, ihre Goldpositionen aufzulösen. Gleichzeitig werden Investoren, die Gold lange den Rücken gekehrt haben, vermehrt auf das Edelmetall setzen.

Die anhaltende Nachfrage der Zentralbanken stabilisiert die Entwicklung weiter. Wer erwartet, dass Gold wie 2011 auf direktem Weg zu 2000 \$ ist, dürfte zwar enttäuscht werden, doch weitere Avancen sind realistisch. Deshalb gilt auch jetzt wieder: Gold ist für jedes Portefeuille als Beimischung unverzichtbar.



**JAN SCHWALBE**  
Chefredaktor  
zum Thema  
Gold



«Die derzeitige Klimadebatte lenkt von wichtigen Themen ab.»

## Investieren leicht gemacht

**FuW | Die Analyse**  
Das Schweizer Aktienresearch

«Die Analyse» umfasst Aktienanalysen und Anlageempfehlungen zu den wichtigsten an der Schweizer Börse kotierten Unternehmen. Das Research der «Finanz und Wirtschaft» bietet eine klare Einschätzung mit den Einstufungen «Kaufen», «Halten» und «Verkaufen» zu einem Bruchteil der marktüblichen Kosten. Alle Analysen sind in einer Online-Datenbank und als druckoptimierte PDF-Dokumente zugänglich. E-Mail-Benachrichtigungen informieren sofort bei Empfehlungsänderungen. Mehr Informationen auf [analyse.fuw.ch](http://analyse.fuw.ch)

**FINANZ und WIRTSCHAFT**  
invest

Zum FuW-Risk-Portfolio aus Schweizer Aktien gesellt sich neu das Value-Portfolio mit einer internationalen Ausrichtung. Beide Aktienkörbe werden seit Jahren in der «Finanz und Wirtschaft» publiziert und haben einen langen Erfolgsausweis. Jetzt können Anleger direkt in die Portfolios investieren, und zwar mit den Anlagezertifikaten, die an der Börse SIX Swiss Exchange gehandelt werden. Mehr Informationen auf [fuw.ch/invest](http://fuw.ch/invest)

## Zeichen gegen Protektionismus

Asiatische Freihandelszone RCEP ohne Indien. **ERNST HERB**

Auf der letzten Meile hin zur Schaffung des weltweit grössten Handelsblocks hat mit dem Rückzug Indiens das Misstrauen überhandgenommen. Das bedeutet aber nicht, dass das Riesenprojekt der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) gestorben ist. Nach wie vor wollen die zehn zum Verbund Südostasiatischer Staaten (Asean) gehörenden Volkswirtschaften zusammen mit China, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland eine Freihandelszone schaffen.

Das Abkommen soll nächstes Jahr unterzeichnet werden. Dabei kommt in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen und steigender protektionistischer Tendenzen nicht einmal RCEP selbst vorrangige Bedeutung zu, sondern der Tatsache, dass so wichtige Volkswirtschaften wie China, Japan oder auch Indonesien ihre Beziehungen untereinander intensivieren wollen. Diese am Rande des zu Wochenbeginn in der thailändischen Hauptstadt Bangkok abgehaltenen Asean-Gipfels bekräftigte Absicht hat auch mit der sich abkühlenden globalen Konjunktur zu tun.

Indien hat sich zwar aus Furcht, der Heimmarkt könnte von billigen chinesischen Importen überschwemmt werden, vom Projekt zurückgezogen, doch das heisst nicht, dass die drittgrösste asiatische Volkswirtschaft nicht zu einem späteren Zeitpunkt dem Handelsblock beitreten wird. Die von Delhi gegen RCEP vorgebrachten Einwände sind zumindest aus kurz- und mittelfristiger Sicht durchaus verständlich,

verbucht Indien im Handel mit China doch bereits jetzt ein Defizit in der Höhe von 54 Mrd. \$.

Gleichzeitig ist die Arbeitslosenrate in dem nach China bevölkerungsmässig grössten Land auf den höchsten Stand in 45 Jahren gestiegen. Das alles hat sicherlich auch mit diskriminierenden Handelspraktiken Chinas zu tun, etwa dem bevorzugten Zugang heimischer Unternehmen zu Krediten von staatlich kontrollierten Banken oder dem forcierten Technologietransfer aus dem Ausland. Das sind auch Gründe dafür, dass die EU bis heute kein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen hat und die USA das Land mit Strafzöllen zu einer schnelleren Marköffnung zwingen wollen.

Wohl nicht zuletzt daher hat Peking den Handelspakt RCEP in den vergangenen Monaten kräftig vorangetrieben. Entsprechend kritisch wird denn auch beobachtet werden, wie ernst China es mit dem Versprechen einer weiten Liberalisierung seiner Wirtschaft meint.

Dabei müssen andere Regionen der Welt nicht einmal befürchten, dass mit RCEP so etwas wie eine «Festung Asien» entsteht. Der Handelspakt wird, sobald in Kraft, den regionalen Austausch beleben, doch bleibt die Partnerschaft ein relativ lockeres und damit offenes Gebilde. Das heisst auch, dass bestehende Freihandelsabkommen beispielsweise Südkoreas, Chinas oder Japans mit Partnern in anderen Teilen der Welt nicht in Konkurrenz zu RCEP stehen, sondern sie ergänzen.

## Rentenalter erhöhen

OECD legt Schweiz Anpassung auf 67 Jahre nahe. **PETER MORF**

Das schweizerische Politestablishment weigert sich standhaft, die Folgen der alternden Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen. Will heissen, niemand wagt sich auch nur von Ferne an das Thema einer Erhöhung des Rentenalters heran. Dabei ist die Sachlage klar: Eine stetig steigende Lebenserwartung und ein konstantes Rentenalter widersprechen sich fundamental. Selbst die Angleichung des Rentenalters der Frauen an dasjenige der Männer hat einen schweren Stand.

Vielleicht hilft die Sicht von aussen, helfen externe Experten. Zu Wochenbeginn hat die OECD ihren Bericht zum Länderexamen der Schweiz publiziert. Dabei haben die Ökonomen das Scherengewicht des Berichts dem Thema der Alterung der Bevölkerung gewidmet. Die Befunde sind nicht neu: Die Alterung wird sich in der Schweiz in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch verschärfen – und zwar ausgeprägter als anderswo in der OECD. Der Bericht geht davon aus, dass der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von rund 10% (1960) bis in die 2050er Jahre auf 30% steigen wird.

Die Forderung der Experten ist klar: Um diese Entwicklung finanziell einigermaßen aufzufangen, muss das Rentenalter steigen. Sie schlagen eine schrittweise Erhöhung auf 67 Jahre vor und danach eine Koppelung an die Entwicklung der Lebenserwartung. Etliche Länder haben schon ähnliche Schritte gemacht, doch die Schweiz zaudert.

Ergreift die hiesige Politik keine entsprechenden Massnahmen, werden die

Kosten für die Altersvorsorge ausufern. Dadurch wird nicht nur die Wirtschaft unter Druck geraten und an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Auch die öffentlichen Haushalte werden die steigenden Kosten spüren. Die OECD-Experten machen darauf aufmerksam, dass dadurch andere öffentliche Ausgaben verdrängt werden könnten.

Der Zufall hat dafür gesorgt, dass einen Tag nach der Publikation des OECD-Berichts die Sammelfrist für die Renteninitiative der Jungfreisinnigen angelaufen ist. Die Volksinitiative verlangt, dass das Rentenalter zunächst für beide Geschlechter schrittweise auf 66 Jahre zu erhöhen ist. Danach sei es an die durchschnittliche Lebenserwartung zu koppeln. Die Jungfreisinnigen haben es fertiggebracht, eine Handvoll eidgenössischer Parlamentarier in das Initiativkomitee zu holen. Die Initiative wird im Parlament berufene Fürsprecher haben.

Dennoch dürfte es das Anliegen, und mit ihm natürlich die Initiative, schwer haben. Das grünere Parlament wird sich – die Prognose sei gewagt – eher noch sturer gegen diesen nötigen Schritt aussprechen als das alte Parlament.

Die Initiative der Jungfreisinnigen weist den Weg zu einer nachhaltigen Finanzierung der Altersvorsorge. In diesem Bereich wollen just grüne und linke Kreise offenbar nichts mehr von der sonst so angepriesenen Nachhaltigkeit wissen. Sofern die Initiative zustande kommt, wird das Volk die Gelegenheit haben, sich zum zentralen Thema einer tragfähigen Altersvorsorge äussern.